



eigenständig  
fortschrittlich  
regional stark

# Leitbild des Gemeinderats

## mit Legislaturzielen und Massnahmen für die Legislatur 2013 - 2016

**Endstand 2016**

Genehmigung Gemeinderat: 28. November 2016

Gemeinderat Heimberg  
Gemeindepräsident    Gemeindeschreiber

  
Niklaus Röthlisberger    Oliver Jaggi

Ressort	Legislaturziele	Massnahmen	2013	2014	2015	2016	Endstand 2016
<b>Bau</b>	Der Erweiterungsbau Ost der Schulanlage Untere Au ist ausgeführt und in Betrieb.	Baustart Erweiterungsbau Ost erfolgt nach positiver Urnenabstimmung und Vorlage der Baubewilligung im Verlauf 2013.	x	x	x	X	Der Bezug der Anlage erfolgte auf das Schuljahr 2015/16. Die Anlage ist in Betrieb. Die Abrechnung ist in Arbeit. Die Lüftungsanlage ist noch nicht optimal eingestellt.
	Die Bauausführung Erweiterung Aula ist gestartet.	Die Planung und die Ausführung sind erfolgt.	x	x	x	x	Die Baubewilligung ist ihrer Rechtskraft erwachsen. Das Projekt ist am Auffahren. Der Baustart erfolgt im Januar 2017.
	Massnahmen gemäss Genereller Wasserplanung und Genereller Entwässerungsplanung werden zeitgerecht umgesetzt.	Sanierungsprojekte für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung werden laufend aufgrund der Prioritäten und Sanierungsfristen gemäss Genereller Wasserplanung und Genereller Entwässerungsplanung ausgeführt.	x	x	x	x	Daueraufgabe, wird laufend wahrgenommen
	Ver- und Entsorgungsreglemente sind überarbeitet und genehmigt.	Einheitliche Bemessungsgrundlagen und Gebührenstrukturen für die Bereiche Wasser, Abwasser, Abfall werden neu erarbeitet. Die Gebührenhöhen sind neu festzulegen.	x	x	X	X	Die Wasser- und Abfall- Reglemente und Tarife ist seit 01.01.2016 in Kraft. Abwasser wird per 01.01.2017 in Kraft gesetzt.

Ressort	Legislaturziele	Massnahmen	2013	2014	2015	2016	Endstand 2016	
Bildung	Der Primarschule und der Primarschulleitung stehen adäquate Räumlichkeiten zur Verfügung.	Der Erweiterungsbau Ost ist von der Tagesschule und der Primarschule bezogen.			x		Erledigt.	
		Die notwendigen Renovations- und Reparaturarbeiten an der Primarschule Untere Au sind erfolgt.			x	x	Zurückgestellt durch Gemeinderat.	
		Die Primarschulleitung verfügt über adäquate Räume und ein Sitzungszimmer.				x	x	Erledigt (Bezug spät. per 31.1.2016).
	Die Schule Heimberg tritt einheitlich gegen innen und aussen auf.	Eine neue übergreifende Homepage für Kindergarten, Primarschule, Oberstufenschule und Tagesschule ist aufgeschaltet. Die Schule Heimberg verfügt über ein gemeinsames neues Leitbild.			x	x		Wird zurückgestellt. Andere Geschäfte waren/sind prioritär (1). Ev. erneute Aufnahme in neuer Legislatur 2017-20.
					x	x		Wird zurückgestellt. Andere Geschäfte waren/sind prioritär (1). Ev. erneute Aufnahme in neuer Legislatur 2017-20.
	Der schulzahnärztliche Dienst ist neu organisiert.	Die Schule Heimberg hat ein Gutscheinsystem, welches die Schule und Lehrpersonen administrativ entlastet.	x	x				Erledigt, eingeführt per 1.8.2014.
	Die Aktenaufbewahrung ist modernisiert.	Ein Ordnungssystem ist installiert und die Zuständigkeiten sind geklärt.	x	x				Erledigt (neuer Archivraum im neuen Schulhaus).
Die Schülerinnen und Schüler können sich im Schulbetrieb gestaltend einbringen.	Die Einsetzung eines Schülerrates oder anderer Mitwirkungsmöglichkeiten sind geprüft.	x	x	x	x		Zurückgestellt, da neuer Jugendrat eingeführt und bestehender/funktionierender JugendMitWirkung.	
Die Organisation Bildung mit dem Koordinator Bildung bleibt erhalten.		x	x	x	x		Erledigt. Gemäss Controlling ideale Lösung.	

(1) Schulprogramm erarbeiten (Vorgabe ERZ), Projekt Erweiterungsbau Ost, Projekt Sanierung/Erweiterung Aula, Überarbeitung Krisenkonzept der Schule, Einführung Lehrplan 21.

Ressort	Legislaturziele	Massnahmen	2013	2014	2015	2016	Endstand 2016
Finanzen	Zur Erfüllung unserer Aufgaben erlauben wir uns eine massvolle Steigerung der Fremdverschuldung.	Gezielte Aufnahme von Fremdkapital bei entsprechendem Bedarf.		x	x	x	Erste Fremdmittelaufnahme über CHF 11.0 Mio. (mittelfristig) ist erfolgt.
	Das Eigenkapital beträgt 3 bis 5 Mio. Franken.	Laufende Überprüfung mittels Finanzplan, Voranschlag und Jahresrechnung.	x	x	x	x	Das EK ist weiterhin > CHF 5.0 Mio.
	Die Auslagerung der Informatik ist umgesetzt.	Kreditgenehmigung 2013.	x				Im Oktober 2013 an Talus Informatik AG erfolgt + abgeschlossen.

Ressort	Legislaturziele	Massnahmen	2013	2014	2015	2016	Endstand 2016
Planung	Der Verkehrsrichtplan ist überarbeitet und genehmigt.	Das Projekt Überarbeitung Verkehrsrichtplan wird im 2013 in Angriff genommen. Erste Massnahmen gemäss Richtplan werden möglichst bald umgesetzt.	x	x	x		Die Massnahmen sind erarbeitet. Der Verkehrsrichtplan Entwurf 3 ist in der Bearbeitung. Die Lesung und Bearbeitung in der PLAKO ist in Arbeit. Der Richtplan wird Anfang 2017 dem GR zur Verabschiedung vorgelegt.
	Die Verkehrserschliessung von Heimberg Süd ist mit der Gemeinde Steffisburg koordiniert.	Zur Verkehrserschliessung Heimberg Süd wird ein Vorprojekt lanciert.			x	x	Zustimmung vom Souverän für den Anschluss auf den Glättimühlekreisel erhalten, Strassenplan in Arbeit, geplant für die Auflage März 2016
	Das Energiestadtlabel liegt vor.	Massnahmen nach BEakom werden laufend umgesetzt.	x	x	x	x	In Arbeit. Der Zertifizierungsprozess zur Erlangung des Energiestadt-Labels ist für die nächsten 2 Jahre zu sistieren. Anfang 2017 soll die Frage des Labels neu diskutiert werden. Am BEakom, Stufe 3, ist festzuhalten. Die darin aufgeführten Massnahmen sind, soweit technisch möglich, wie auch finanziell tragbar, gemäss Terminplan umzusetzen. In der Umsetzung, Controlling im November 2016 erfolgt.
	Die baurechtliche Grundordnung ist überarbeitet.	Die Gefahrenkarte sowie der Raumbedarf der Gewässer werden in die baurechtliche Grundordnung integriert. Zudem sind Anpassungen an bestehenden Gemeindereglementen vorzunehmen.		x	x	X	In Arbeit. Die Ortsplanungsrevision wird vorbereitet. Die Grundlagen werden gesammelt. Einzubauen sind auch die einheitlichen Messweisen BMBV. Die BMBV müssen bis 2019 umgesetzt werden. Das bedeutet, dass die OPR auch per 2019 abgeschlossen werden muss
	Gewerbetreibende werden bei der Suche nach Bauland unterstützt.	Entwicklungsmöglichkeiten werden zusammen mit Grundeigentümern gesucht. Zwischen Grundeigentümern und Interessenten wird bei Bedarf vermittelt.	x	x	x	x	Daueraufgabe Winterhalde: Gespräche mit dem Grundeigentümer haben stattgefunden. Sie haben aber noch nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Wir bleiben mit dem Grundeigentümer im Kontakt und suchen Lösungen.

Ressort	Legislaturziele	Massnahmen	2013	2014	2015	2016	Endstand 2016
<b>Präsidiales und Kultur</b>	Wir kommunizieren offen und aktiv.	Das neue Kommunikationskonzept liegt vor.		x			Das Informationshandbuch tritt per 1.1.16 in Kraft.
	Unsere Mitarbeitenden sind engagiert, initiativ und kompetent. Sie verhalten sich rechtmässig. Sie arbeiten wirtschaftlich verhältnismässig.	Die Personalentwicklungsverordnung ist in Kraft.			x		Auf eine kommunale Verordnung wird verzichtet. Es wird auf die kantonalen Bestimmungen (Art. 172ff PV) verwiesen.
	Die Berufsbildner/innen fördern und unterstützen die Lernenden.	Lenkungsgespräche sind regelmässig durchgeführt.	x	x	x	x	Durchgeführt.
	Aktivitäten von Vereinen und Projekte einzelner werden finanziell und/oder ideell unterstützt.		x	x	x	x	Verschiedene Aktivitäten/Projekte unterstützt.
	Bedarfsgerechte Infrastrukturen für Kultur, Freizeit und Sport stehen zur Verfügung.	Die Anlageplanung ist gemäss den Beschlüssen des Gemeinderats umgesetzt.	x	x	x	x	Bei der Bauverwaltung in Arbeit.
	Die rechtlichen Grundlagen sind aktualisiert.	Das Wahl- und Abstimmungsreglement, das Funktionendiagramm und das allg. Gebührenreglement mit -verordnung sind revidiert.	x				Alle Erlasse in Kraft. Erledigt.

Ressort	Legislaturziele	Massnahmen	2013	2014	2015	2016	Endstand 2016	
Sicherheit	Öffentliche Treffpunkte sind überwacht.	Die gute Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei und der Hunde Security wird weitergeführt.	x	x	x	x	Daueraufgabe wird wahrgenommen.	
		Die Kosten für die regionale Zivilschutzorganisation und das Regionale Führungsorgan sind optimiert.	x	x	x	x	Daueraufgabe wird wahrgenommen.	
	Unsere Schulwege sind sicher.	Der Ressortvorsteher arbeitet aktiv, im Rahmen einer Vernehmlassung, an der Überarbeitung des Verkehrsrichtplans mit.	x				In Arbeit.	
		Das Reglement für öffentliche Sicherheit ist revidiert.				x	Erledigt und per 1.1.2015 in Kraft gesetzt.	
	Die rechtlichen Grundlagen des Ressorts Sicherheit entsprechen den übergeordneten Rechtserlassen (GVH, OVO).	Das Konzept gegen Vandalenakte wird überprüft und falls nötig überarbeitet.				x	Überarbeitung zurzeit nicht nötig.	
	Die Sicherheit der Bevölkerung ist gewährleistet und das Konzept gegen Vandalenakte greift.	Der Zustand der Zivilschutzanlagen wird überprüft.					x	BSA Megastore wird aufgehoben. Beschlüsse liegen vor.
		Ein Angebot „Erste Hilfe“ wird in Zusammenarbeit mit dem Samariterverein und den regionalen Fachleuten jährlich angeboten.	x	x	x	x		2015 abgesagt mangels Interessierten (nur 1 Anmeldung erhalten).
		Der Einbürgerungsausschuss arbeitet gemäss den neuen Reglementen.					x	Einbürgerungsverordnung seit 1.1.2015 in Kraft.
		Eine praktische Evakuationsübung an der Schule findet unter der Leitung der Feuerwehr statt.					x	Steht auf der Pendenzenliste der Feuerwehr für das Jahr 2017.
		Ein Projekttag „Umgang mit Feuer“ wird angeboten.					x	Erledigt am 11.11.2015
Die Sanierung des Aufbahrungsbäudes wird aktiv begleitet.						x	Projekt wurde im Finanzplan auf später eingestellt.	
	Das Feuerwehrmaterial wird inventarisiert und regelmässig aktualisiert.	x	x	x	x	Daueraufgabe wird wahrgenommen.		

Ressort	Legislaturziele	Massnahmen	2013	2014	2015	2016	Endstand 2016
Soziales	Wir gewähren Rat- und Hilfesuchenden die gesetzlich und fachlich notwendige persönliche und wirtschaftliche Hilfe.	Das Leitbild der sozialen Dienste und der Sozialkommission wird von diesen überarbeitet.		x			Situationsanalyse u.a. mit Berner Fachhochschule zeigt Situation in Bezug auf - SoKo-Leitbild - ohne Handlungsbedarf - SD-Leitbild - vordringlicherer Bedarf im Bereich der Gesamtverwaltung
	Die gesetzlichen Vorgaben sind effizient und effektiv umgesetzt.	Die Sozialhilfeausgaben werden in Hinblick auf den neuen Filag (Bonus-Malus-System) geprüft.		x	x	x	Neues Handbuch („BKSE“) ist per 1.1.2015 etabliert und wird laufend angewendet.
		Der Verein Sozialinspektoren wird im Verdachtsfall via Sozialkommission involviert.	x	x	x	x	Verdachtsfälle werden zur Abklärung überwiesen (laufend)
		Die privaten Mandatsträgerinnen und –träger sind auf ihre Aufgaben vorbereitet.	x	x	x	x	Die PriMa-Fachstelle ist allgemein bekannt und wird rege in Anspruch genommen.
		Die gegenseitigen Ansprüche werden mit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde geklärt.	x	x	x	x	Multi- und bilaterale Treffs finden statt; die gegenseitigen Erwartungen und Ansprüche sind bekannt.
	Die Angebote der familienergänzenden Betreuung sind optimiert.	Bei nachgewiesenem Bedarf an Kita-, Ferien- und Notfallplätzen wird zuhanden des Gemeinderates ein Realisierungsprojekt erstellt.		x	x	x	Bedarf Kitaplätze ausgewiesen – Auswertung ist erfolgt und GR-Entscheid gefällt. Bedarf Ferienplätze nachgewiesen, GR-Antrag gestellt, Entscheid hängig.
	Die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit sind den gesetzlichen Gegebenheiten und Bedürfnissen der Gemeinde angepasst.	Die Jugendarbeit aktualisiert zusammen mit dem Ausschuss für offene Kinder- und Jugendarbeit ihr Konzept.		x	x	x	Aktualisierung ist erfolgt. Laufende Überprüfung (durch Sozialkommission) ist gewährleistet.
	Die Sozialdienste sind als Informationsstelle für die sozialen Anliegen der Bevölkerung etabliert.	Die Sozialdienste erarbeiten Strukturen, welche kompetente Auskünfte ermöglichen.		x	x	x	Innerhalb der Abteilung gewährleistet. Externe Sprechstunde im Rahmen einer 2-jährigen Versuchsphase etabliert.
	Die im Massnahmenplan zum Altersleitbild festgehaltenen Aufgaben werden laufend geprüft und bei Bedarf umgesetzt.	Der Ausschuss für Altersfragen überprüft den Massnahmenplan.	x	x	x	x	Findet laufend statt. Umfrage 09.2016 ausgewertet.
	Integrative Zielsetzungen sind geprüft.	Eine Arbeitsgruppe der Sozialkommission erfasst bereits bestehende und mögliche Angebote im Bereich Integration.			x	x	Regionalisierte Aktivitäten (KIO Thun) verlangen nach einer grundsätzlichen Situationsüberprüfung, Bestandesaufnahme via kant. Umfrage ist erfolgt. Integrationscafé Heimberg in Planung.
Die Fallbelastung lässt nachhaltige und rasche Hilfeleistungen zu.	Das Ressort Soziales verlangt beim Kantonalen Gesundheits- und Fürsorgeamt die vollständige Anrechnung der präventiven Beratungen.	x				Im Rahmen GEF-Reporting erfolgt. Die Verrechnung funktioniert.	